

3816/J XXI.GP

Eingelangt am: 30.04.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Einem
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend innerösterreichische Vorbereitung auf die Erweiterung der Europäischen Union

Auf Initiative der SPÖ kam es im September und Oktober 2001 endlich zu ernstesten Gesprächen zwischen den vier im Nationalrat vertretenen Parteien zur Frage der Vorbereitung Österreichs auf die Erweiterung der Europäischen Union. Ergebnis dieser Verhandlungen war schließlich ein Dreiparteien-Entschließungsantrag vom 21. November 2001 der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Trotz dieser großen Übereinstimmung zwischen der großen Oppositionspartei und der Regierungsmehrheit besteht der Eindruck, dass seither die Umsetzung der gemeinsam als nötig definierten Maßnahmen bloß schleppend oder gar nicht stattfindet.

Aus diesem Grunde stellen die unterzeichneten Abgeordneten die folgende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts ergriffen, um den zusätzlichen Anstieg des Verkehrsaufkommens - bedingt durch die Erweiterung der Europäischen Union - umwelt- und anrainerschonend zu bewältigen?
2. Welche Maßnahmen haben Sie im Zusammenhang mit der oben zitierten Entschließung des Nationalrates ergriffen, um der Forderung nach einer Infrastrukturoffensive zu entsprechen, die dazu beiträgt, die vorhandenen und durch die Erweiterung zu erwartenden zusätzlichen Verkehrsströme möglichst umwelt- und anrainerfreundlich zu bewältigen?
3. Wann werden Sie einen innerhalb der Bundesregierung akkordierten und mit den Bundesländern abgestimmten Generalverkehrsplan vorlegen, der im Hinblick auf die

EU-Erweiterung die Ausbauprioritäten für die nächsten Jahre klarlegt, einen Zeitplan zu deren Umsetzung vorsieht und deren Finanzierung sicherstellt?

4. Wann ist mit der Einführung des Lkw-Road-Pricing in Österreich zu rechnen?
5. Wie hoch wird die Kilometermaut sein?

6. Rechnen Sie damit, dass diese Höhe der Maut Verlagerungseffekte hin zu vermehrtem Bahntransport bzw. Vermeidungseffekte haben wird?
7. Wenn nein: Sind Sie bereit, sich für einen Mauttarif einzusetzen, der entsprechende Effekte erwarten läßt?
8. Welche Nachfolgeregelungen für die heute noch bestehenden Kontingentierungen beim Lkw-Transit aus den Erweiterungsländern bereiten Sie vor?
9. Welche Ausbauprioritäten für Strasse bzw für Schiene und Donau in Richtung Pressburg und Budapest, in Richtung Brunn und Kattowitz, in Richtung Laibach und schließlich in Richtung Wien-Ödenburg bzw Graz-Steinamanger haben Sie festgelegt?
10. Wenn Sie noch keine Prioritäten festgelegt haben: Wann ist mit diesbezüglichen Entscheidungen zu rechnen?
11. In welcher Weise sind die betroffenen Nachbarländer in diese Prioritätenentscheidungen einbezogen?
12. Haben Sie, da für den Zeitpunkt des Wegfalls der Möglichkeit, den Transit durch Österreich auf der Straße mittels Kontingentpolitik zu begrenzen, bereits die notwendigen Einrichtungen zur umweltfreundlichen Bewältigung des Transitverkehrs zur Verfügung stehen sollten, diesbezüglich Analysen in Auftrag gegeben, welche prüfen, inwieweit österreichisches Kapital von joint ventures in derartige Terminals in den Kandidatenländern eingebracht werden kann?
13. Welche Initiativen zur Errichtung intermodaler Terminals in den Kandidatenländern sind derzeit festzustellen?
14. Welche dieser Initiativen wird von österreichischer Seite unterstützt?
15. In welcher Form?
16. Welche Initiativen haben Sie hinsichtlich des Ausbaus der Donau östlich und westlich von Wien für die ganzjährige Schiffbarkeit ergriffen
 - a) gegenüber Bayern?
 - b) gegenüber der Slowakei?
 - c) gegenüber Ungarn?
17. Welche Position haben Sie bisher im Rahmen des EU-Verkehrsmisterrates zur künftigen Neuregelung der Wegekostenrichtlinie eingenommen?
18. Treten Sie für die Internalisierung der externen Kosten im Strassengüterverkehr ein?
19. Wenn nein: Wie wollen Sie dann den immer weiter zunehmenden Strassengüterverkehr zugunsten der Erhaltung der Umwelt und zugunsten der betroffenen Anrainer eindämmen?
20. Was haben Sie unternommen, um sich der Solidarität anderer Mitgliedsstaaten - insbesondere jener mit ähnlichen oder gleich gelagerten Interessen - zu versichern, wenn Nachfolgeregelungen für den Transitvertrag und für die derzeit geltenden

Kontingentierungen im Güterverkehr mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten zu treffen sind?

21. Welche Anstrengungen haben Sie unternommen, damit bei der Aktualisierung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz schwerpunktmäßig auf die Beseitigung von Engpässen im Eisenbahnsektor und den Ausbau der wichtigsten Verkehrswege Bezug genommen wird, um den durch die EU-Erweiterung insbesondere in den Grenzregionen zu erwartenden Verkehrsstrom aufzufangen und die Zugänglichkeit von Regionen in Randlage zu verbessern?
22. Was haben Sie bisher unternommen, um die Nutzung von Verkehrsmitteln mit geringerer Umweltbelastung zu fördern?